

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/11554 –**

**Neue Impulse für einen wirksamen und umfassenden Schutz
der Afrikanischen Elefanten**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Josef Göppel,
Marie-Luise Dött, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
sowie der Abgeordneten Michael Kauch, Horst Meierhofer,
Angelika Brunkhorst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 17/10110 –**

**Neue Impulse für einen wirksamen und umfassenden Schutz
der Afrikanischen Elefanten**

A. Problem

Zu Buchstabe a

Lebensraumverlust und Verfolgung führten besonders in den 70er- und 80er-Jahren zu einem starken Rückgang der Populationen des Afrikanischen Elefanten. Gegenwärtig stellt sich die Situation des Afrikanischen Elefanten unterschiedlich dar. Während es stabile Elefantenpopulationen in Botswana, Namibia, Zimbabwe und Südafrika gibt, weisen viele Staaten West-, Zentral- und Ostafrikas gefährdete Elefantenbestände auf. Gesunde und tragfähige Elefantenbestände sind aber entscheidend für viele Ökosysteme des afrikanischen Kontinents.

Die Bundesregierung soll u. a. aufgefordert werden, die Förderung einschlägiger Wald- und Naturschutzgebietsprojekte im Rahmen der deutschen Zusagen zum Schutz der Biodiversität konsequent auszubauen. Internationale Maßnahmen gegen den illegalen Elfenbeinhandel in den Ländern, die als Transit- oder Abnehmerländer eine Rolle spielen, sollen unterstützt werden.

Zu Buchstabe b

Mit dem interfraktionellen Antrag zu Buchstabe a wird der Antrag zu Buchstabe b modifiziert.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/11554 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Buchstabe b

Einvernehmliche Erledigterklärung des Antrags auf Drucksache 17/10110.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/11554 anzunehmen;
- b) den Antrag auf Drucksache 17/10110 für erledigt zu erklären.

Berlin, den 28. November 2012

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Eva Bulling-Schröter
Vorsitzende und Berichterstatterin

Josef Göppel
Berichterstatter

Dr. Matthias Miersch
Berichterstatter

Angelika Brunkhorst
Berichterstatterin

Dorothea Steiner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Josef Göppel, Dr. Matthias Miersch, Angelika Brunkhorst, Eva Bulling-Schröter und Dorothea Steiner

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 17/11554** wurde in der 208. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. November 2012 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 17/10110** wurde in der 187. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Juni 2012 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Lebensraumverlust und Verfolgung führten in der Vergangenheit zu einem starken Rückgang der Populationen des Afrikanischen Elefanten. Gegenwärtig stellt sich die Situation des Afrikanischen Elefanten unterschiedlich dar. Während es stabile Elefantenpopulationen in Botswana, Namibia, Zimbabwe und Südafrika gibt, existieren in vielen Staaten West-, Zentral- und Ostafrikas gefährdete Elefantenbestände. Gesunde und tragfähige Elefantenbestände sind aber entscheidend für viele Ökosysteme des afrikanischen Kontinents.

Die Bundesregierung soll u. a. aufgefordert werden, die Förderung einschlägiger Wald- und Naturschutzgebietsprojekte im Rahmen der deutschen Zusagen zum Schutz der Biodiversität konsequent auszubauen. Dabei sollen die bisher getrennten Schutzgebiete durch Korridore verbunden werden. Auch soll die Bundesregierung sich bei der kommenden CITES-CoP16-Konferenz dafür einsetzen, dass die am Vorsorgegrundsatz orientierten Kriterien zur Aufnahme oder Herabstufung von Arten in die Anhänge der Konvention (Resolutionen 9.24 und 10.9) insbesondere auch im Prozess des „decision making mechanism“ (Decision 14.77) berücksichtigt werden und ohne Abstriche erhalten bleiben. Schließlich sollen internationale Maßnahmen gegen den illegalen Elfenbeinhandel in den Ländern, die als Transit- oder Abnehmerländer eine Rolle spielen, unterstützt werden.

Zu Buchstabe b

Mit dem interfraktionellen Antrag zu Buchstabe a wird der Antrag zu Buchstabe b modifiziert.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, dem Antrag auf Drucksache 17/11554 zuzustimmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat bei Einreichung der Beschlussempfehlung und Bericht noch kein Mitberatungsvotum abgegeben.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/11554 anzunehmen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/11554 anzunehmen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/11554 anzunehmen.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** erklärte den Antrag auf Drucksache 17/10110 für erledigt.

Der **Haushaltsausschuss** hat bei Einreichung der Beschlussempfehlung und Bericht noch kein Mitberatungsvotum abgegeben.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** erklärte den Antrag auf Drucksache 17/10110 für erledigt.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** erklärte den Antrag auf Drucksache 17/10110 für erledigt.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** erklärte einvernehmlich den Antrag auf Drucksache 17/10110 für erledigt.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Anträge auf Drucksachen 17/11554 und 17/10110 in seiner 85. Sitzung am 28. November 2012 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, hinsichtlich des Schutzes der Afrikanischen Elefanten sei es in langer Vorarbeit gelungen, einen fraktionsübergreifenden Antrag zur

Positionierung Deutschlands auf internationalen Konferenzen zu erlangen. Es handele sich dabei keineswegs um ein zu vernachlässigendes Thema. Der Handel mit Elfenbein sei eine fortwährende Bedrohung für den Afrikanischen Elefanten. Er sei letztlich maßgeblich für die Dezimierung der Bestände des Afrikanischen Elefanten verantwortlich. Deswegen sei man sehr froh, dass es gelungen sei, die Haltung der verschiedenen Fraktionen in dem vorliegenden Antrag zusammenzufassen.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, die Problematik des Afrikanischen Elefanten mache deutlich, dass ökologische Aspekte sehr eng mit ökonomischen und sozialen Aspekten verknüpft seien. Die Afrikanischen Elefanten hätten eine hohe Bedeutung für die jeweiligen Regionen, in denen sie lebten. Diese resultiere nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus wirtschaftlichen und tourismuspolitischen Zusammenhängen. Dabei gelte es zu berücksichtigen, dass der Afrikanische Elefant aufgrund seines Populationszuwachses in bestimmten Gebieten zu Problemen für die Menschen vor Ort führe.

Der jetzt vorliegende Antrag weise viele Aspekte auf, die in einem Lösungsszenario zu berücksichtigen seien. Einen zentralen Aspekt stelle das Bekämpfen der Wilderei dar. Es sei zu beobachten, dass durch den Wegfall der Populationen massive Schäden in dem ökologischen Gleichgewicht der jeweiligen Regionen entstünden. Insofern sei es gut, dass der Deutsche Bundestag sich über Fraktionsgrenzen hinweg zu einem deutlichen Statement durchgerungen habe.

Es bleibe zu hoffen, dass man bei den Punkten, die man beispielsweise hinsichtlich einer finanziellen Unterstützung formuliert habe, nicht das erlebe, was man teilweise bei anderen internationalen Abkommen erleben müsse: Dass das Papier zwar geduldig sei, letztlich aber die notwendigen Schritte unterblieben und die finanziellen Zusagen nicht eingehalten werden würden. Es gehe darum, ein Signal zu setzen, das den Afrikanischen Elefanten und den Menschen vor Ort tatsächlich helfe.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, es sei wichtig, dass man die Dimension der Wilderei erkannt habe. Diese werde beispielsweise in Kamerun fast militärisch von verschiedenen Gruppen aus dem Tschad und dem Sudan durchgeführt. Hier bedürfe es neuer Antworten. Es sei wichtig, die Länder zu stärken, die von der Wilderei betroffen seien. Sie benötigten Schulung und Know-how, um der Wilderei insbesondere in den Bereichen Polizei und Zoll entgegenzutreten zu können.

Die nächste Konferenz zum Washingtoner Artenschutzabkommen werde im März 2013 stattfinden. Dort werde auch der Schutz der Afrikanischen Elefanten auf der Tagesordnung stehen. Notwendig sei die Entwicklung von über die Ländergrenzen hinweg vernetzten Schutzgebieten für die Afrikanischen Elefanten. Zur Bekämpfung des illegalen Elfenbeinhandels bedürfe es einer konzertierten Aktion sowohl der Herkunftsländer als auch der Abnehmerländer einschließlich einer Hilfestellung der Industrieländer.

Ein zusätzliches Problem seien die teilweise schwachen Regierungsstrukturen und die hohe Korruptionsanfälligkeit einiger Länder. Man setze insbesondere auf die für kommendes Jahr geplante Tagung der Weltnaturschutzunion IUCN, die dieses Thema zum Schwerpunkt haben werde.

Die **Fraktion DIE LINKE** erklärte, es sei gut, dass man sich auf einen interfraktionellen Antrag zum Schutz der Afrikanischen Elefanten verständigt habe. Bedauerlich sei, dass die Fraktion DIE LINKE selbst bei diesem Thema ausgegrenzt werde. Andererseits könne man sich nunmehr konsequent für den Schutz des Afrikanischen Elefanten in die Debatte einbringen.

Eine Herabstufung von Anhang I auf Anhang II in CITES sei generell abzulehnen, da daraus beispielsweise ein verstärkter Elfenbeinhandel resultiere. Man trete gegen das so genannte culling ein, bei dem im Rahmen von Bestandsregulierungsmaßnahmen ganze Elefantenherden geschossen werden würden.

Für die Stabilität der Elefantenpopulationen sei eine Ausweitung und Vernetzung von arttypischen Lebensräumen zwingend erforderlich. Dabei sei die betroffene Bevölkerung von Anfang an mit einzubeziehen. Notwendig sei eine generelle Listung des Afrikanischen Elefanten in Anhang I von CITES. Da ein solches uplisting lediglich das betreffende Land beantragen könne, müsse ein Populationsmodell in CITES geschaffen werden. Dieses Populationsmodell stehe dem bisherigen Ländermodell gegenüber. Nach dem Ländermodell sei es erlaubt, eine Population, die in einem Land nach Anhang I geschützt sei, in einem anderen Land verstärkt zu schießen, sofern der Afrikanische Elefant dort in Anhang II gelistet sei. Dies sei absurd.

Schon jetzt hinke Deutschland seinem ODA-Versprechen (Official Development Assistance), 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfeszahlungen auszugeben, hoffnungslos hinterher. Die Forderung, aus dem bestehenden finanziellen Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit Gelder für den Elefantenschutz und den Polizeiaufbau zu verwenden, sei vor diesem Hintergrund grotesk. Gelder müssten deshalb unabhängig von Entwicklungshilfeszahlungen fließen.

Der aktuelle Antrag der Vereinigten Republik Tansania, der nicht nur die Herabstufung der Elefantenbestände fordere, sondern auch den Abverkauf von über 100 Tonnen Elfenbein, zeige deutlich, dass derzeit auch bei einer Listung der Afrikanischen Elefanten in Anhang I kein vollständiger Schutz gewährleistet werden könne. In den letzten drei Jahren sei die Zahl der Elefanten in Tansania um 42 Prozent zurückgegangen. Vor wenigen Wochen habe der Zoll in Hongkong vier Tonnen geschmuggeltes Elfenbein sichergestellt, die Hälfte davon stamme aus Tansania. Eine zusätzliche Förderung der verschiedenen Kontrollmechanismen sei deshalb dringend erforderlich.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, die Vereinigte Republik Tansania habe einen Antrag für die kommende CITES-CoP16-Konferenz gestellt, welcher die Afrikanischen Elefanten von Anhang I in Anhang II des Washingtoner Artenschutzabkommens überführen solle. Damit würden der strikte Schutz und der Handel mit Elfenbein gelockert werden. Die Afrikanischen Elefanten hätten sich aber in ihrem Bestand noch immer nicht erholt. Eine Herabstufung des Schutzstatus wäre grob fahrlässig. Schätzungen besagten, dass allein im Jahr 2011 mehr als 2 500 Tiere gewildert worden seien, da man mehr als 800 Kilogramm illegal gehandeltes Elfenbein beschlagnehmen konnte. Die Organisationen IFAW, ProWildlife und Traffic sprächen von einem enormen Anstieg des illegalen

Handels. IUCN führe die Tiere in ihrer Roten Liste noch immer als gefährdet auf.

Es sei richtig, dass die Fraktionen des Deutschen Bundestages gemeinsam einen Antrag an die Bundesregierung richteten, denn dadurch werde ein starkes Signal an die europäischen Partner, aber auch an die internationale Gemeinschaft gerichtet. Bedauerlich sei, dass der Unvereinbarkeitsbeschluss der Fraktion der CDU/CSU eine Beteiligung der Fraktion DIE LINKE. verhindere. Dies lasse sich sachlich nicht begründen.

Es sei zu begrüßen, dass man sich klar gegen eine Herabstufung des Schutzstandards ausspreche. Die Bundesregierung werde mit diesem interfraktionellen Antrag aufgefordert, Maßnahmen zu fördern, welche den illegalen Handel mit Elfenbein stärker kontrollierten. Darüber hinaus sei es notwendig, die afrikanischen Staaten beim Ausbau der Wald- und Naturschutzgebiete zu unterstützen, auch um die ökonomische Entwicklung zu verbessern und eine Akzeptanz für die Maßnahmen bei der einheimischen Bevölkerung zu erreichen. Auch müsse die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Europol und Interpol bei der Verbesserung des CITES-Vollzugs intensiviert werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. auf Ausschussdrucksache 17(16)668 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 17/11554 anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss einvernehmlich, den Antrag auf Drucksache 17/10110 für erledigt zu erklären.

Berlin, den 28. November 2012

Josef Göppel
Berichtersteller

Dr. Matthias Miersch
Berichtersteller

Angelika Brunkhorst
Berichterstellerin

Eva Bulling-Schröter
Berichterstellerin

Dorothea Steiner
Berichterstellerin

Anlage: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. auf Ausschussdrucksache 17(16)668

Deutscher Bundestag 17. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Eva Bulling-Schröter, Sabine Strüber, Dorothee Menzner, Ralph Lenkert, Niema Movassat, Jens Petermann** und der Fraktion **DIE LINKE**

DEUTSCHER BUNDESTAG
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktor-
sicherheit

Ausschussdrucksache
17(16)668
zu Top 18a der TO am 28.11.2012
27.11.2012

zum Antrag der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen- Fraktionen
- Drucksache 17/11554 –

Neue Impulse für einen wirksamen und umfassenden Schutz der Afrikanischen Elefanten

Der Bundestag wolle beschließen:

- Teil II, Forderung drei des interfraktionellen Antrages:
„Wald- und Naturschutzprojekte durchgängig auch mit Maßnahmen der ökonomischen Entwicklung der einheimischen Bevölkerung zu verknüpfen“
zu ändern in:
„Wald- und Naturschutzprojekte mit Maßnahmen der Existenzsicherung der einheimischen Bevölkerung zu verknüpfen“;
- Teil II, Forderung vier zu den Kriterien für die Aufnahme oder die Herabstufung ersatzlos zu streichen;
- Teil II, Forderung fünf zur Herabstufung einzelner Elefantenpopulationen zu ändern in:
„sich sowohl im Vorfeld als auch bei der kommenden 16. Vertragsstaatenkonferenz (COP 16) des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (WA, CITES) und darüber hinaus gegen eine Herabstufung von Elefantenpopulationen auszusprechen und Tansania aufzufordern, ihren aktuellen Antrag auf Herabstufung und Elfenbeinabverkauf noch vor Beginn der internationalen Artenschutzkonferenz im März 2013 zurückzuziehen“;
- folgende sechste Forderung in Teil II einzufügen:
„für ein generelles Populationsmodell in CITES einzutreten“;
- folgende siebente Forderung in Teil II einzuschieben:
„sich dafür einzusetzen, dass sämtliche Elefantenpopulationen in Anhang I von CITES aufgenommen werden“;
- folgende achte Forderung in Teil II einzuschieben:

„das ODA (Official Development Assistance) – Versprechen, 0,7% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfeszahlungen auszugeben, gegenüber Afrika einzuhalten“;

- Teil II, den Abschnitt der sechsten Forderung

„...indem sie sich im bestehenden finanziellen Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verstärkt (z. B. auch regional mit der Zentralafrikanischen Waldkommission/ COMIFAC) für den Aufbau effektiver Polizeistrukturen engagiert, sich für die Umsetzung des African Elephant Action Plan (AEAP) einsetzt sowie eine robuste Finanzierung des African Elephant Fund (AEF) unterstützt“

zu ändern in:

„... , indem sie sich über den bestehenden finanziellen Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit hinaus verstärkt (z. B. auch regional mit der Zentralafrikanischen Waldkommission/ COMIFAC) für den Aufbau effektiver Polizeistrukturen engagiert, sich für die Umsetzung des AEAP einsetzt sowie eine robuste Finanzierung des African Elephant Fund unterstützt und das ODA (Official Development Assistance) - Versprechen gegenüber Afrika einzuhalten“

Berlin, den 27. November 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Der Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen *Neue Impulse für einen wirksamen und umfassenden Schutz der Afrikanischen Elefanten* auf Bundestagsdrucksache 17/11554 setzt für das weitere Vorgehen der Bundesregierung wichtige Akzente, geht aber in einigen Punkten nicht weit genug.

Im Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES, Washingtoner Artenschutzübereinkommen) ist der Afrikanische Elefant seit 1989 in Anhang I (vom Aussterben bedrohte Arten, deren Handel verboten ist) gelistet. 1997 wurden die Elefantenbestände auf Antrag des jeweiligen Landes in Botswana, Namibia und Simbabwe in Anhang II (geschützte Arten, deren Handel mit Einschränkungen erlaubt ist) herabgestuft, 2002 in Südafrika. Der Elfenbeinhandel und die Wilderei wurden dadurch befeuert.

Eine Herabstufung des Afrikanischen Elefanten in den Anhängen von CITES ist von Seiten der Bundesregierung generell abzulehnen, um die bestehenden Populationen zu stabilisieren und weiteren Abverkäufen von Elfenbein entgegen zu wirken. Darüber hinaus soll sich die Bundesregierung für die Einstufung sämtlicher Elefantenpopulationen in Anhang I von CITES stark machen. Die Forderung zu den Kriterien zur Aufnahme oder Herabstufung von Arten in die Anhänge von CITES muss gestrichen werden, weil sie auch Kriterien zur Herabstufung von Arten umfasst. Eine Herabstufung des Afrikanischen Elefanten wird aber mit diesem Änderungsantrag ausgeschlossen.

Derzeit werden Elefantenpopulationen nach CITES einzelnen Ländern zugeordnet. Da Elefantenpopulationen sich nicht nach Ländergrenzen richten, kann es dazu kommen, dass Populationen, die im einen Land nach Anhang I von CITES geschützt sind, im anderen Land in Anhang II gelistet sind. Gerade bei vermehrt vernetzten und größeren Lebensräumen, wie sie im interfraktionellen Antrag gefordert werden, sind über Ländergrenzen hinaus wandernde Elefantenpopulationen aber die Regel. Eine bessere Alternative zum aktuellen Ländermodell stellt das Populationsmodell dar, welches eine Population in ihrem gesamten Habitat betrachtet und einheitlich schützt.

Für die Stabilität von Elefantenpopulationen, aber auch für eine Vermeidung von Mensch-Elefant-Konflikten, die vielfältige Ursachen haben können, sind der Erhalt, die Ausweitung und die Vernetzung von arttypischen Lebensräumen zwingend erforderlich. Dabei ist die betroffene Bevölkerung von Anfang an mit einzubeziehen, um den langfristigen Erhalt der Biotope sicher zu stellen. Bei ausreichendem arttypischem Lebensraum ist eine „Bestandsregulierung“ oder das sogenannte „culling“

(„bestandsregulierende Maßnahme“, bei der ganze Herden geschossen werden) von Elefantenpopulationen unnötig, da sich diese im Normalfall auch ohne natürliche Feinde durch das vorhandene Nahrungsangebot selbst regulieren.

Deutschland sollte internationale Maßnahmen gegen den Elfenbeinhandel, Maßnahmen für einen effektiveren CITES-Vollzug und vorsorgende Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung gegen die Elfenbeinnachfrage und für den nationalen und internationalen Elefantenschutz unterstützen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist schon jetzt im Verzug mit ihrem ODA (Official Development Assistance) – Versprechen. Derzeit werden lediglich 0,4 Prozent des Bruttonationaleinkommens in Entwicklungshilfeszahlungen investiert und nicht die versprochenen 0,7 Prozent. Im „bestehenden finanziellen Rahmen“ Geld sowohl für den Polizeiaufbau als auch für den Elefantenschutz einzusetzen, wie im interfraktionellen Antrag gefordert, hat zur Folge, dass weniger Mittel in bisher durch Entwicklungshilfeszahlungen geförderte Projekte fließen können. Eine finanzielle Unterstützung des Elefantenschutzes sollte aus diesem Grund unabhängig von und zusätzlich zu den bestehenden Zahlungen an Afrika geleistet werden.

